

keiten. Subsidien, d.h. Hilfgelder, bezahlte England an solche deutsche Staaten, die mit ihm während der Befreiungskriege besondere Verträge wegen Truppenstellung abgeschlossen hatten.

Am 29. September 1815 benachrichtigte das Frankfurter Grosshandlungshaus Mayer Amschel Rothschild³⁶³ Fürst Johann I. über den vom „königlich-grossbritannischen Gouvernement“ erteilten Auftrag, die „vertragsmässige Subsidie von zwey und neunzig Pfund und 10 cents Sterling für jeden Monat seit April des Jahres anzuschaffen“.³⁶⁴ Um das Geld ausbezahlt zu bekommen, war lediglich der „ratificirte Subsidentractat“ dem königlich-grossbritannischen Geschäftsträger vorzuweisen.³⁶⁵ Und genau hier lag das Problem: ein solcher Vertrag zwischen Liechtenstein und Grossbritannien existierte nicht. Von Liechtenstein aus versuchte man zwar über diplomatische Kanäle, z.B. den österreichischen Botschafter in London, etwas zu erreichen, jedoch ohne Erfolg.³⁶⁶ Fürst Esterhazy, der k.k. Botschafter in London, berichtete an die Hofkanzlei, die Subsidiengelder seien an Nassau(!) ausbezahlt worden.³⁶⁷ Nassau, von der Hofkanzlei darauf angesprochen, behauptete – wie nicht anders zu erwarten war – die liechtensteinischen Subsidiengelder seien in den englischen Zahlungen nicht enthalten.³⁶⁸ Weiteren Schreiben von Wien aus an Esterhazy war kein Erfolg beschieden, sie wurden nicht einmal mehr beantwortet.³⁶⁹

Die fürstliche Hofkanzlei liess aber noch nicht locker. Erbprinz Alois versuchte während seines Aufenthaltes in London etwas zu bewirken.³⁷⁰ Doch auch er musste eingestehen, dass „wenig Hoffnung auf Eintreibung der englischen Subsidiengelder“ vorhanden sei.³⁷¹ Weitere Vorstösse wurden über den Bundestagsgesandten Leonhardi unternommen.³⁷² Die Hofkanzlei argumentierte, man habe von solchen Vertragsverhandlungen 1815 anfänglich keine Kenntnisse gehabt und späterhin habe man vermutet, dass Baden „alle darauf Bezug habenden Gegenstände mitbesorgt“ habe.³⁷³ Leonhardi wurde ersucht abzuklären, „ob andere deutsche Höfe auch ohne abgeschlossene Verträge Subsidiengelder erhalten“ hätten.³⁷⁴ Aber Leonhardi

war es seiner Auskunft nach nicht möglich, Angaben über abgeschlossene Verträge zu machen.³⁷⁵

Nachdem die diplomatische Sondierung erfolglos abgebrochen werden musste, übergab die Hofkanzlei dem Oberamt den Auftrag, direkt mit Baden zu verhandeln.³⁷⁶ Mit der badischen Verwaltung

349) LLA RB, C4, o. N., Bemerkungen des OA zur fürstl. liechtenst. Beantwortung der Grossherzogl. Bad. Gegenberechnung, o. D. (nach Aug. 1817); Marginalien des OA.

350) Ebenda.

351) Ebenda.

352) Ebenda.

353) Ebenda.

354) LLA RB, C4, ad 110 pol., OA an Fürst, 19. Apr. 1821.

355) HKW, S. 304, 31/11, 29. April 1833.

356) Siehe dazu Malin, S. 168; Quaderer, S. 36; Ospelt Wirtschaftsgeschichte, S. 354 f.

357) Siehe Quaderer, S. 219; Treitschke, Bd. 2, S. 467 f.

358) HALW, Regesten/Protokollregister 189/1816.

359) LLA RB, C4, Nr. 615, HKW an OA, 10. März 1817.

360) HALW, Regesten/Protokollregister, 4896/1816.

361) Ebenda, 3253/1820, 23. Juni 1820.

362) Ospelt, Wirtschaftsgeschichte, S. 355, Anm. 30.

363) LLA RB, C4, 189 pol., Mayer Amschel Rothschild an Fürst, 29. Sept. 1815.

364) Ebenda.

365) Ebenda.

366) HALW, Regesten/Protokollregister 382/1816, Schreiben an Esterhazy, 7. Febr. 1816.

367) Ebenda, 2670/1816, Esterhazy an HKW, 26. Mai 1816.

368) Ebenda, 3993/1816, Nassau an HKW, 9. Juli 1816.

369) Ebenda, 5958/1817, Monitorialschreiben der HKW an Esterhazy, 31. Okt. 1817.

370) Ebenda, 4292/1820, Aktennotiz, 19. Aug. 1820.

371) Ebenda, 5208/1820, 6. Okt. 1820.

372) HALW, 1611H, HKW an Leonhardi, 29. Nov. 1820.

373) Ebenda.

374) Ebenda.

375) Ebenda, Leonhardi an HKW, 14. Dez. 1820.

376) LLA RB, C4, Nr. 2498, HKW an OA, 30. Apr. 1821.